ASTA INFO

Nr 15

7. Juni 1971

Informationen des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Hamburg

ASTA - AKTIONSPROGRAMM

In der gegenwärtigen Situation, in der die Unterordnung von Wissenschaft und Ausbildung unter die Interessen des Großkapitals verstärkt durch gesetzliche und planifikatorische Maßnahmen vorangetrieben wird (HRG, BAföG), in der die in allen gesellschaftlichen Bereichen fortschreitende Rechtsentwicklung auch im Hochschulbereich an Boden gewinnt (Bund gegen Freiheit und Wissenschaft, Wiederaufleben des RCDS, NHB) ist es notwendig, die Fraktionierung und Zersplitterung des Widerstands der demokratischen Kräfte an der Hochschule zu überwinden und zu einem einheitlichen Vorgehen der Studenten bei der Verteidigung und Erweiterung ihrer demokratischen Rechte zu kommen. Ein solches einheitliches Vorgehen erhöht nicht nur die Effektivität studentischer Interessenvertretung, sondern ist gleichzeitig Voraussetzung für unsere Bündnisfähigkeit mit anderen progressiven Kräften innerhalb und außerhalb der Universität.

Um die Diskussion über die richtige Orientierung der studentischen Politik in dieser Phase zu ermöglichen und zu initiieren, hat der Asta in der Woche vor Pfingsten ein Aktionsprogramm vorgelegt, das nach den Pfingstferien in möglichst vielen Fachschaften, Basisgruppen und Lernkollektiven diskutiert werden soll. Es enthält zahlreiche Kampfforderungen, von denen hier noch einmal die wichtigsten herausgegriffen und begründet werden sollen.

GEGEN FORMIERUNG

Der Hauptstoß unserer Hochschulpolitik muß sich gegen den Einfluß des Großkapitals auf Wissenschaft und Ausbildung, gegen die Formierung der Hochschule im Interesse der Monopole durch HRG, BAföG und Bildungsgesamtplan richten. Dem Prozeß der staatsmonopolistischen Formierung des Hochschulbereichs kann nicht durch Aufklärung und

9139

Propaganda allein begegnet werden. Um größere Teile der Studenten gegen die Formierung aktivieren zu können, müssen wir den Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz (als ein Beispiel der Formierung) in Verbindung mit dem Kampf um demokratische Verbesserungen der materiellen und fachwissenschaftlichen Ausbildungssituation führen. In der Propaganda gegen das HRG müssen wir an konkrete Konflikte, die in den einzelnen Instituten vorliegen und für die Studenten erfahrbar sind, anknüpfen (NC, Überfüllung, Studienreform, reaktionäre Seminare, Berufungspolitik, Auftragsforschung, etc.)

Von zentraler Bedeutung im Widerstand gegen die Formierung ist dabei der Kampf

FÜR EINE DEMOKRATISCHE STUDIENREFORM.

Er umfaßt die Durchsetzung demokratischer Lehrinhalte, die Ermöglichung des Studiums des wissenschaftlichen Sozialismus für alle Studenten durch die Erkämpfung von Lehrstühlen für Marxisten, sowie die Durchsetzung von Lehr- und Lernformen, die dem heutigen Stand der didaktischen Forschung entsprechen (Gruppenarbeit, Kollektivscheine, demokratische Seminarstruktur.) Die materielle Voraussetzung für eine demokratische Studienreform, die von ihr nicht abgetrennt werden kann, ist die Verbesserung der Ausbildungsbedingungen durch Erhöhung der Lehrstellen und des Raumangebots.

Die Entwicklung von Studienreformmodellen ist zur Zeit noch Aufgabe von halbparitätisch besetzten Ausschüssen, die von den Fachbereichsräten der Universität eingesetzt werden, also von Gremien der akademischen Selbstverwaltung. Nach der Verabschiedung des HRG soll die Studienreform Kommissionen obliegen, die von den Landesregierungen eingesetzt werden. Die Intention dieser zentral gesteuerten Kommissionen steht in einem unvereinbaren Gegensatz zu den Interessen, die die Mehrheit der Studenten und die arbeitende Bevölkerung an einer demokratischen Studienreform haben. Jede kleinste demokratische Verbesserung, die wir jetzt, in den universitären Studienreformausschüssen, in den Fachbereichsräten und in der tatsächlichen Seminarpraxis durchsetzen und institutionell absichern können, wird die Basis des Widerstands gegen die Verwirklichung des HRG vergrößern helfen. Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz heißt also hier konkret: Kampf für eine demokratische Studienreform, für die Verbesserung der Positionen der demokratischen Kräfte an der Universität.

FÜR MITBESTIMMUNG

Integrierter Bestandteil des demokratischen Kampfes an der Hochschule ist die Forderung nach realer Mitbestimmung der Studenten und der Organisationen der Arbeiterklasse in allen Fragen, die Wissenschaft und Ausbildung betreffen. Die Durchsetzung dieser Forderung ist eine längerfristige Kampfaufgabe und setzt eine Veränderung des gesamtgesellschaft-

lichen Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse voraus. Wenn wir in unserer Analyse davon ausgehen, daß sich die objektiven Interessen der Mehrneit der Studenten denen der Arbeiterklasse annähern, so muß die Studentenschaft den Kampf um inre eigenen Interessen an der Seite der Arbeiterklasse führen und inre eigenen Forderungen mit denen der Arbeiterklasse vermitteln. Erst die Durchsetzung einer antimonopolistischen Mitbestimmung der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Schichten in allen gesellschaftlichen Bereichen und die damit verbundene Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses wird grundlegende demokratische Reformen auch des Bildungs- und Hochschulwesens ermöglichen, Reformen, die wir zusammen mit der Arbeiterklasse gegen den Widerstand der Monopole und des monopolkapitalistischen Staates erkämpfen müssen, da inre Verwirklichung in einem antagonistischen Widerspruch zu den Interessen des Großkapitals steht und dessen politische und ökonomische Entmachtung voraussetzt. Die Durchsetzung solcher grundlegenden antimonopolistisch-demokratischen Reformen ist Bestandteil der gesamtgesellschaftlichen Strategie des Kampfes um demokratische Veränderungen, die die Positionen der Arbeiterklasse und inrer Verbündeten verbessern und sie an den Kampf um den Sozialismus heranführen. Denn, was schon Lenin erkannt hat, gilt heute noch: Man kann im Zeitalter des Imperialismus "kein revolutionärer Demokrat sein, wenn man Angst hat, zum Sozialismus vorwärtszuschreiten." Deshalb ist unser Kampf um demokratische Reformen in allen gesellschaftlichen Bereichen dem revolutionären, sozialistischen Ziel untergeordnet.

GEGEN RECHTSENTWICKLUNG

In der gegenwärtigen Situation zunehmender Rechtsentwicklung und einem Erstarken des Neofaschismus, dessen Hauptträger die CDU/CSU ist, gilt es, den antifaschistischen Kampf auch an der Hochschule verstärkt zu führen. Er muß gleichzeitig defensiv, für die Erhaltung bestehender demokratischer Positionen, und offensiv, für die Durchsetzung demokratischer Reformen, gegen reaktionäre Lehrinhalte, gegen Kriegsforschung und Vernichtungs- und Manipulationswissenschaft geführt werden. Einen sehr hohen Stellenwert im antifaschistischen Kampf haben unsere Forderungen nach einer Verbesserung unserer materiellen Ausbildungssituation, wenn wir sie mit der Forderung nach radikaler Senkung der Rüstungslasten zugunsten des Bildungsetats, zugunsten einer besseren Ausbildungsförderung, zugunsten von Fahrpreissenkungen, etc., verbinden. Die Forderung nach Senkung des Rüstungsetats richtet sich nämlich gegen diejenigen, die an der faschistischen Variante bürgerlicher Herrschaft das größte Interesse haben, gegen die "reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Kreise des Finanzkapitals"(Dimitroff),d.h., vor allem das Rüstungskapital. Gerade in der gegenwärtigen Finanzkrise, die vom Monopolkapital benutzt wird, um die Arbeiterklasse ökonomisch zu

disziplinieren, um den Gewerkschaften Lohnleitlinien und eine Maßhaltepolitik aufzuschwätzen, ist es von außerordentlicher Wichtigkeit und auch von großer ideologischer Bedeutung, daß in allen gesellschaftlichen Bereichen die Forderung nach "Butter statt Kanonen" erhoben wird und die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten Schichten sich vom Kampf um ihre materiellen Interessen nicht abhalten lassen. Das gilt sowohl für die bevorstehende Lohnrunde im Produktionsbereich als auch für unseren P.I. - Streik. Nur durch den aktiven Kampf für berechtigte soziale Interessen kann das Erstarken faschistoider Ideologie ("Wir sitzen alle in einem Boot und müssen deshalb jetzt den Gürtel enger schnallen") abgewehrt werden.

DISKUSSION IM STUDENTENPARLAMENT

Am 27.5. wurde das Asta-Aktionsprogramm im SP vor einer großen Öffentlichkeit (u.a. sämtlichen Mitgliedern des KHB) diskutiert. Um das Ergebnis der Diskussion, welches von vornherein feststand (Ablehnung des Programms durch eine knappe Mehrheit der SP-Mitglieder), erklären zu können, müssen wir kurz auf das Kräftevernältnis im SP und die traurige Rolle, die der KHB in der derzeitigen Phase der sich zuspitzenden Klassenauseinandersetzungen im Hochschulbereich spielt, eingehen. Die den Asta unterstützenden politischen Hochschulgruppen SHB und SPARTAKUS bilden im SP eine Minderheit (24 von 80 Sitze). Der Asta konnte nur unter Beteiligung und mit Unterstützung von Unabhängigen gewählt werden. Die stärkste Fraktion im SP stellt der KHB, unterstützt von Sympathisanten. Der KHB ist als hochschulpolitische Gruppe nie ins SP gewählt worden. Seine Parlamentarier sind z. Teil als Unabhängige, z.Teil unter der Bezeichnung "Asta-B.G.-Linie" ins SP gekommen. Da der KHB über keine hochschulpolitische Programmatik verfügt, sieht er sich, wie er selbst betont, noch nicht in der Lage, für Fachschaftsräte zu kandidieren, oder dem Aktionsprogramm des Asta ein Alternativprogramm entgegenzustellen. Andererseits liegt es aber in seiner Macht und gefällt es ihm, als Ersatz für die eigene hochschulpolitische Aktivität, wenigstens sich dadurch ins Licht der studentischen Öffentlichkeit zu rücken, daß er die Tätigkeit des Asta und der ihn unterstützenden politischen Hochschulgruppen permanent zu blockieren versucht. Gegen diese, nicht gegen den Einfluß des Monopolkapitals, ist in der Praxis der hochschulpolitische Hauptstoß des KHB gerichtet.Die Mittel, deren er sich bei diesem seinem Kampf gegen den "Rechtsopportunismus" bedient, sind bedenklich. Sie reichen von der Verfälschung des Asta-Aktionsprogramms und der'Widerlegung' dieser Verfälschung in KHB-Flugblättern bis zur Irreführung der Studenten über das Kräfteverhältnis in SP und Asta (und damit über die politische Bedeutung der nächsten SP-Wahlen) und bis zur Verbreitung von Gerüchten über dunkle Machenschaften des Präsidiums des SP bezüglich der Terminierung der SP-Sitzungen und der nächsten Wanlen zum Studentenparlament, wonach der Asta das Präsidium "vor seinen Karren gespannt" hat (Tait) und mit seiner Hilfe versucht, die Wahlchancen "unabhängiger Kandidaten", die ihre Kandidatur noch nicht eingereicht haben, herabzumindern. Alle diese Gerüchte und die auf ihnen aufbauenden Initiativen des KHB im SP, von denen jede SP-Sitzung voll ist, sind nichts als politische Ersatzhandlungen, die viel Staub aufwirbeln sollen, die den KHB ins Gespräch bringen sollen und über seinen Mangel an einer hochschulpolitischen Perspektive hinwegtäuschen sollen. Kurz: Es ist der Wahlkampf einer bürgerlichen Partei, den der KHB sich jetzt anschickt zu führen. Dabei proklamiert er abstrakt die Stärkung der verfaßten Organe der Studentenschaft. Diese können jedoch nicht durch Theaterdonner im SP, sondern nur dadurch gestärkt werden, daß mit ihrer Hilfe eine richtige Politik im Interesse der Studenten verfolgt wird. Dazu hat sich der KHB bisher nur sehr widersprüchlich und bruchstücknaft (opportunistisch) geäußert.

DER ASTA HOFFT MIT DER VORLAGE DES AKTIONSPROGRAMMS EINE DISKUSSION ÜBER DIE ORIENTIERUNG UNSERER POLITIK ZU INITIIEREN. ER FORDERT ALLE STUDENTEN AUF, DAS PROGRAMM IN FACHSCHAFTEN UND BASISGRUPPEN ZU DISKUTIEREN UND - WO MÖGLICH - KONKRETE VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE ZU MACHEN.

Das Programm ist im Asta (Zimmer 2) kostenlos erhältlich.

Verantw.: B. Landefeld (Hochschulreferat)

9142